

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schell am 14.03.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Ratsmitglieder,
geschätzte Mitarbeiter der Verwaltung,
werte Pressevertreter und Gäste,

zu Beginn möchte ich der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr danken und bitte die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter, diesen Dank an ihre zahlreichen Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Unser Lob und Dank gilt im Rahmen unserer Haushaltsberatungen auch speziell den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsentwurf erstellt haben, und den vielen Verwaltungsmitarbeitern, die der Kämmerei hierfür umfangreich zugearbeitet haben. Herrn Rupp, dem neuen Leiter der Kämmerei, gilt unser besonderer Dank, da er die großen Fußstapfen, die Herr Raubach hinterlassen hat, hervorragend ausfüllt – und das, obwohl er es direkt mit einem Doppelhaushalt zu tun hat.

In der Vergangenheit habe ich an dieser Stelle immer wieder auf die Leistungen der Stadt hingewiesen die trotz der sehr angespannten Haushaltslage erbracht worden sind bzw. erbracht werden. Ich halte dies auch für nach wie vor sehr wichtig, damit deutlich wird, dass die Stadt und die Verwaltung weiterhin ein großes Spektrum an Leistungen anbieten und erbringen, um das Leben für unsere Bürger im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten so gut wie möglich zu gestalten. Bis auf zwei Punkte verzichte ich heute in meiner Rede darauf, werde sie aber als schriftlichen Anhang beifügen. Sie müssen bzw. dürfen aber davon ausgehen – es ist ja immer eine Frage des Standpunkts –, dass ich in kommenden Haushaltsreden dies auch mündlich wieder umfangreicher ausführe.

Der eine Punkt ist der Umstand, dass die Verwaltung nun aufgrund eines einstimmigen Ratsbeschlusses dabei ist, den Bezirkssozialdienst um ca. 4 Stellen aufzustocken. Im letzten Jugendhilfeausschuss wurde ausgeführt, dass ein Teil der Stellen inzwischen besetzt ist und man zuversichtlich ist, dies in Kürze für alle vermelden zu können. Ich halte diese Entscheidung trotz der damit verbundenen Personalkosten nach wie vor für ausgezeichnet, da man die berechtigte Hoffnung hegen kann, dass die uns dadurch derzeit jährlich treffende immense Kostensteigerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu mildern oder gar ganz zu verhindern. Wenn dies eintreten sollte, hat man nicht nur Geld gespart, sondern – und das ist natürlich viel wichtiger – weniger Fälle und damit weniger schlimme Schicksale unter Kindern und Jugendlichen.

Der andere Punkt ist der Masterplan Urbane Mitte. Er wurde im Herbst 2011 zur Gänze beschlossen und ist das fundierte Ergebnis eines beispiellosen Beteiligungsprozesses zwischen Rat und Verwaltung, Investoren, den Nachbarkommunen, einer Vielzahl von Behörden und nicht zuletzt der Bürgerschaft. Hierbei werde ich nicht müde, darauf hinzuweisen, dass gerade die Bürgerbeteiligung mit den Bürgerforen – an denen jeweils bis zu 400 Augustiner teilgenommen haben – schon beschlossen wurde, bevor andernorts umfangreiche Diskussionen z. B. zu Stuttgart 21 losgingen. Ohne den Fahrplan zur Erstellung des Masterplans wäre eine solch umfassende Beteiligung z. B. auch zu Verkehrsfragen gar nicht machbar gewesen. Den Seitenhieb, dass die SPD ursprünglich gegen die Erstellung des Masterplans war, kann ich ihr an dieser Stelle nicht ersparen. Letztendlich sind aber nach meiner Einschätzung alle Fraktionen froh, dass mit diesem Planungsmittel eine hervorragende Richtschnur vorliegt, um künftige Investorenanliegen im Bereich der Urbanen Mitte konstruktiv und schnell umsetzen zu können – und vor allem wird potentiellen Investoren aufgezeigt, was hier in Sankt Augustin angedacht ist und dass es sinnvoll ist, sich daran zu beteiligen. Hurler ist das beste Beispiel dafür. Aufgrund des erheblichen Umfangs der Investition und der damit verbundenen großen Bedeutung für die Stadt muss man als verantwortliches Ratsmitglied sehr gewissenhaft die Verträge und die damit verbundenen Auswirkungen prüfen. Auch, wenn jeder für einen umgehenden Baubeginn dankbar wäre, so braucht dies seine Zeit. Aber ich bin zuversichtlich, dass sich für die noch bestehenden allerletzten offenen Punkte kurzfristig in der Zusammenarbeit mit dem Investor, die sich bis jetzt als äußerst fruchtbar erwiesen hat, Lösungen finden und ich freue mich schon darauf, wenn hier im Zentrum mit der Umsetzung des ersten Bauabschnitts für einen neuen HUMA begonnen wird.

Nicht vergessen möchte ich meinen Dank an die vielen Mitarbeiter, die – angeführt vom Bürgermeister und den beiden Dezernenten – mit den beiden genannten Punkten beschäftigt sind und alle anderen, die die vielen nicht genannten Aufgaben tagtäglich in der Verwaltung leisten.

Danken möchte ich selbstverständlich auch unserem Kooperationspartner FDP. Es ist selbstverständlich, dass man nicht immer einer Meinung ist – sonst könnten ja alle FDP-Mitglieder in die CDU eintreten. Aber bei Meinungsverschiedenheiten wird sachlich miteinander diskutiert und eine Lösung gefunden und ich bin sicher, dass dies auch in der Zukunft so bleiben wird. Deshalb – liebe FDP-Ratskollegen und vor allem Dir, liebe Stefanie, vielen Dank für die Zusammenarbeit!

Kommen wir aber nun zum wichtigsten Punkt der heutigen Sitzung – dem Doppelhaushalt 2012/2013. Niemand wird über die vorgelegten Zahlen glücklich sein – beinhalten sie doch, dass sich die Allgemeine Rücklage bis 2022 um 2/3 reduziert – um es formal nicht ganz

korrekt, aber allgemeinverständlicher auszudrücken: die Stadt verbraucht in den nächsten 10 Jahren weit über 60 Mio. € ihres Eigenkapitals. Selbst, wenn wir alle freiwilligen Leistungen (also inkl. Stadtbücherei, Musikschule etc.) sofort für 10 Jahre einstellen würden, würde dies nur 20 Mio. € ausmachen. Vor diesem Hintergrund muss man konstatieren, dass wir nach wie vor ein strukturelles Problem haben.

Trotzdem haben wir die Aussicht, mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf inkl. der beschlossenen Änderungen aus dem Nothaushalt in ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu kommen, da wir gemäß der Planung 2022 ein kleines Ergebnisplus im niedrigen sechsstelligen Bereich haben werden. Die dem zugrunde liegende Erweiterung des Planungszeitraums auf 10 Jahre ist eine Vorgabe der Landesregierung, die ich persönlich schlicht und ergreifend nett gesagt als „Augenwischerei“, drastischer als „schwachsinnig“; wer mich kennt, weiß, dass ich so etwas nicht leichtfertig sage. Aber wer sich, wie jetzt die rot/grüne Landesregierung, anmaßt, große Teile der kommunalen und damit der Augustiner Einnahmeseite über 10 Jahre hinweg über die Schlüsselzuweisungen und ähnliches genau zu planen, der muss eigentlich zugeben, dass er von verantwortlicher Planung keine Ahnung hat. Durch diesen Taschenspielertrick, der letztendlich zu finanziellen Lasten der Kommunen und damit der Bürger geht, will die Landesregierung irgendwann den PR-Coup landen, dass sich weniger Kommunen im Nothaushalt befinden als zu Beginn ihrer Tätigkeit. Ich kann nur hoffen, dass Frau Kraft schnellstmöglich aufgrund ihrer Haushaltsahnungslosigkeit, die ihre SPD an vielen weiteren Stellen immer wieder unter Beweis stellt, stolpert und wieder Fachleute an die wichtigen Posten in unserem Bundesland kommen. Kurz, nachdem ich dies heute geschrieben habe, scheiterte in Düsseldorf der rot/grüne Landeshaushaltsplan. Wenn dann bei Neuwahlen wieder eine CDU-geführte Regierung das Ruder und damit auch die Haushaltsverantwortung übernimmt – und ich kann nur hoffen, dass die Bürger von NRW in den letzten Monaten die Unfähigkeit von Frau Kraft und ihrem Team vor allem in diesem Punkt erkannt haben – sollte ich künftig solche sinnvollen Wünsche vielleicht häufiger schriftlich formulieren.

Dass wir als Stadt die Möglichkeiten, die uns die aber immer noch existente Trickserei bietet, nutzen, liegt auf der Hand. Allerdings ist jede Landes- und auch Bundesregierung aufgefordert, endlich Maßnahmen für eine strukturelle Verbesserung der Haushaltslage zu ergreifen. Sollte sich, was ich nicht hoffe, an der derzeitigen Situation nichts ändern, müssen wir uns als Kommunalpolitiker weiterhin auch selbst beschränken. Denn im Moment könnten wir gerade im investiven Bereich in den Jahren 2017 ff. mehr ausgeben, als geplant. Ich möchte ausdrücklich die Kämmerei loben, dass sie schon früh darauf aufmerksam gemacht und eben nicht entsprechende Platzhalter eingebaut hat.

Seitens der CDU werden wir dem Haushalt inklusive der beschlossenen Änderungen zustimmen. Diese Änderungen beinhalten den einzigen Antrag von CDU und FDP zum

Haushalt, der eine Mittelverschiebung zugunsten des RSG beinhaltet. Dieser Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss schon umfangreich besprochen worden und ich möchte niemanden mit einer Wiederholung langweilen. Ich möchte aber festhalten, dass es der einzige eingereichte Antrag zum RSG war, dem dann in fast allen Punkten alle anderen Fraktionen zugestimmt haben. „Fast“ deshalb, weil die SPD dem Punkt der externen Erstellung eines „Durchführungs-, Kosten- und Zeitrahmenkonzeptes zur Realisierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für die Instandsetzung des Rhein-Sieg-Gymnasiums“ nicht zustimmen wollte. Auch nach den Argumenten, dass die Kapazitäten der Verwaltung für eine Eigenerstellung schlicht nicht ausreichen, stimmte die SPD nicht zu. Und mal ehrlich – eine Enthaltung bei einem derart wichtigen Antragspunkt, der viele Wochen bekannt war und eine Thematik behandelt, die noch länger allseits umfangreich diskutiert wird, ist entweder Fundamentalopposition oder schlicht Feigheit vor einer Entscheidung. Wenn das nämlich nicht entschieden worden wäre, würde das bedeuten, dass man Geld ausgibt, aber nicht weiß, ob das in Art und Weise und Reihenfolge auch gut so ist – das muss man sich mal vorstellen. Glücklicherweise war die SPD mit dieser Meinung allein auf weiter Flur.

Neben den getroffenen haben wir aber noch weitere schwierige Aufgaben und Entscheidungen vor der Brust. Über die Problematik der Schulsituation in Niederpleis wurde eben schon gesprochen. In diesem Zusammenhang möchte ich alle Beteiligten bitten, darauf zu achten, dass das Image der Schullandschaft in Sankt Augustin durch öffentliche Äußerungen nicht zu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Wohin das führen kann, möchte ich dadurch signalisieren, dass aktuell das Kardinal-Frings-Gymnasium nur 73 neue Schüler hat – nach noch 130 im Vorjahr. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich bei uns niemand eine vergleichbare Entwicklung wünscht.

Eine künftige Aufgabe ist die Befriedigung des gesetzlichen Anspruchs auf Kinderbetreuung im U3-Bereich ab dem 01.08.2013. Verwaltung und Politik geben hierbei in ansonsten seltener und doch schon lang andauernder Einmütigkeit ihr Möglichstes, die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Anspruchs zu schaffen. Jedem, der sich dieser Problematik noch nicht richtig bewusst ist, empfehle ich auch vor dem Hintergrund des Haushalts dringend, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Die Kommunen - und damit auch Sankt Augustin - sind dabei hauptverantwortlich vom rot/grün regierten Land und indirekt durchaus auch vom Bund finanziell nicht frühzeitig genug bzw. insgesamt nicht ausreichend ausgestattet worden, um die von allen Fachleuten vor Ort erwartete Anforderungsquote durch die Kindeseltern von sicherlich über 35% zu erfüllen. Aber die hier mal wieder gegebene Systematik von Zuständigkeiten und mangelhaften Geldflüssen führt dazu, dass den letzten (die Stadt Sankt Augustin) die Hunde beißen (durch ggf. klagende Eltern), obwohl wir für die gesetzlichen Grundlagen nicht zuständig sind.

Bezüglich einer weiteren Problematik besteht immerhin die berechtigte Hoffnung, in Kürze endlich zu einem Abschluss bezüglich Entscheidungen rund um die Energieversorgungsgesellschaft zu kommen. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, dass ich vom Fraktionsvorsitzenden der SPD nach wie vor keinen Beleg für die seitens der SPD sogar plakatierte Behauptung, dass die Lösung für die Gas- und Stromnetze 100%ig kommunal sein muss, bekommen habe. Auch das muss man mal sacken lassen: Der Fraktionsvorsitzende der SPD, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied unter anderem in der WVG und der EVG, sagt mir seit mehr als einem halben Jahr in öffentlichen Sitzungen zu – zum letzten Mal in der Dezemberratssitzung –, schriftliche Belege für eine Behauptung zu geben und schafft dies bis heute nicht. Ich stelle mir dabei gerade mal vor, wie Herr Knülle das in Pressemitteilungen aufblasen würde, wenn es umgekehrt wäre. Das ändert natürlich nichts daran, dass der Entscheidungsprozess weiter auf dem Weg ist und sicherlich im April konkreter diskutiert werden kann. In diesem Zusammenhang möchte ich mich beim neuen Geschäftsführer der EVG, Herrn Lübken, für das vorbildliche Vorantreiben dieser Angelegenheit bedanken.

Ich gehe noch kurz auf das gerade angesprochene Aufblasen von Themen durch Pressemitteilungen ein. Wenn man sich die Mühe macht, die SPD-Mitteilungen des vergangenen Jahres durchzugehen, stellt man fest, dass dort sehr wenig Fundiertes und dafür sehr viel negative Kritik an Verwaltung bzw. CDU und FDP zu finden ist. Man bekommt den Eindruck, als wären Tagesordnungen und Anwesenheit in Sitzungen – mit manchmal schon egozentrisch anmutender Weitschweifigkeit – wichtiger als die Inhalte dieser Sitzungen. Nun, für eine Oppositionspartei mag das grundsätzlich angehen – auch wenn ich der Meinung bin, dass Sachdiskussion in allen Lagen geboten ist –, aber wir haben es bei der SPD ja mit einer Fraktion zu tun, die für sich in Anspruch nimmt, bei Wahlen im Rat die Entscheidungsmehrheit zu erreichen, und deren Vorsitzender sogar meint, er könne Bürgermeister. Da reicht es in meinen Augen nicht, immer einfach nur zu sagen, das man etwas falsch findet oder die Verwaltung arbeite schlecht. Nein, da muss man konstruktive Alternativen aufzeigen, anstatt mit populistischen Äußerungen (z. B. „Stadtverwaltung ist ein schlechter Schulträger“) die Atmosphäre zu vergiften. Stattdessen kamen beispielsweise zum letzten Haushalt miserabel vorbereitete Anträge. Ich werde meinen ganzen politischen Lebtage nicht vergessen, wie die SPD – zweitgrößte Fraktion in diesem Rat – beantragt hat, den Bürgerservice zu veräußern und die Mitarbeiter umzusiedeln. Und das, obwohl ihr schriftlich vorlag, dass in den übrigen städtischen Räumlichkeiten kein Platz ist und vor allem dass die Räumlichkeit Bürgerservice gar nicht der Stadt gehört. Wer lesen kann und dies auch tut, ist klar im Vorteil. Dieses Jahr waren es immerhin weniger Anträge, aber es waren keine dabei, die zeigen, dass die SPD einen Wissenschwerpunkt beim Thema Haushalt hat.

Manchmal – wie aktuell bei der Zusammenarbeit bezüglich der Entscheidung zu den Beiträgen im Kita/Kitap-Bereich – gibt es ja Lichtblicke. Aber wenn ich nun auf knapp zweieinhalb Jahre Tätigkeit als CDU-Fraktionsvorsitzender zurückblicke, muss ich in der Summe feststellen, dass ich mir wünsche, dass – sofern die SPD ihr Verhalten nicht grundlegend ändert – ein aufgrund der letzten Wahlen zutreffendes Adjektiv hinsichtlich der Mehrheitsbestrebungen der SPD und den Bürgermeisterambitionen von Herrn Knülle bei allen kommenden Wahlen bestehen bleibt. Dieses Adjektiv lautet „gescheitert“! Denn mit der derzeitigen Leistung sind weder die SPD noch Herr Knülle bezüglich ihrer Ambitionen für die Stadt und die Bürger zumutbar.

Jetzt komme ich zur Überleitung zum Ende meiner Rede. Da der Vorsitzende der größten Fraktion in Sankt Augustin traditionsgemäß die erste Haushaltsrede hält, habe ich im Gegensatz zu den übrigen Rednern nicht die Möglichkeit, in meiner Rede auf die Äußerungen anderer Fraktionen einzugehen. Mir bleibt dann höchstens die Möglichkeit, dies ein Jahr später zu tun – allerdings sind in der Regel die damaligen Punkte schon erledigt und auch die Erinnerung meistens verblasst. Von der Rede der SPD war mir nichts im Sinn geblieben. Aber offensichtlich fand die SPD selbst die Rede auch nichtssagend und unwichtig, denn in der Protokollierung der entsprechenden Ratssitzung findet man --- nichts! Vielleicht war sie den Verantwortlichen ja zu peinlich, aber in jedem Fall rundet es das eben skizzierte Bild ab und ich werde amüsiert beobachten, wie Herr Knülle sich gleich aus diesem Fauxpas herauswindet.

Eine Sache ist mir vom letzten Jahr aber sehr in Erinnerung geblieben. Ich sagte gegen Ende meiner damaligen Rede:

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, ich liebe unsere Stadt, unser Sankt Augustin. Und da Sie alle eine Menge Zeit ehrenamtlich für diese Stadt aufbringen, bin ich sicher, dass Sie alle diese Liebe teilen. Wir sollten daher einen Teil unserer Zeit und Energie darauf verwenden, in den jeweiligen parteilichen Gremien aktiv und sehr nachdrücklich darauf hinzuarbeiten, dass auf Landes- und Bundesebene die gerechte Finanzierung der Kommunen absolute Priorität bekommt – denn nirgendwo ist Politik näher am Bürger als in der Kommune.

Herr Metz ging danach leider nicht auf den Part der Finanzierungsgerechtigkeit ein – der mir das Wichtigere daran war –, sondern meinte, dass „Liebe“ im Zusammenhang mit einer Stadt ein unpassendes Wort sei. Zudem sagte er, dass Bundespräsident a.D. Köhler sich in der Richtung geäußert hätte, dass seine Liebe vor allem seiner Frau gelten würde.

Das fand ich bedauerlich, denn ich hatte dies durchaus positiv gemeint und mit voller Absicht alle Ratsmitglieder eingeschlossen. Und da ich nach wie vor der Meinung bin, dass dieses Statement richtig war, habe ich ein wenig recherchiert. Ein Zitat in der von Herrn

Metz gemeinten Tendenz habe ich von Herrn Köhler nicht gefunden. Wohl aber folgendes nach seiner Wiederwahl:

„Ohne meine Frau könnte ich das Amt des Bundespräsidenten gar nicht ausfüllen. Sie gibt mir Zuspruch, Stärkung und auch Geduld. Das war eine spontane, emotionale Äußerung nach fünf Jahren gemeinsamer Liebe zu Deutschland. Ohne meine Frau gäbe es mich in dieser Form nicht.“

Nichts und niemanden liebe ich mehr als meine Frau – und ich hoffe, dass dies bei Ihnen allen ähnlich ist. Im heutigen Zusammenhang möchte ich aber das Augenmerk auf den Aspekt legen, dass man sich gemeinsam für eine Sache stark macht. Und es bleibt für mich unabdingbar, dass wir uns alle in übergeordneten Gremien gemeinsam für Sankt Augustin und eben auch für die finanzielle Sicherheit unserer Stadt einsetzen. Bei allen Differenzen, die wir politisch haben mögen und die manches Mal zu heftigen Debatten führen – wenn hier irgendjemand eine gute Idee für die strukturelle Verbesserung der hiesigen Haushaltslage hat, so stehen ihm bei der CDU und speziell bei mir jederzeit die Türen für eine konstruktive Diskussion und ein gemeinsames Handeln offen.

Vielen Dank!

(es gilt das gesprochene Wort)